

Schulleitung mit rechten Verbindungen

Lehrer mit rechtem Geist

An einer niedersächsischen Schule soll ein Lehrer stellvertretender Leiter werden, der Bundesführer beim Freibund war. Der bietet Rechten ein Forum.



Die Heimattreue deutschen Jugend ist verboten – der Freibund ist noch nicht im Visier der Behörden

Foto: dpa/DB Recherche Nord

HAMBURG taz | Am kommenden Freitag zeichnet das Kultusministerium die Kooperative Gesamtschule Gronau (KGS) als „Europaschule in Niedersachsen“ aus. Bei einem Festakt am Mittag wird das Zertifikat überreicht. In dieser Gesamtschule im Landkreis Hildesheim ist eine Lehrkraft aber auch um die Erziehung und Bildung im extrem-rechten Geist bemüht. Ausgerechnet der langjährige Bundesführer des „Freibund e. V.“, Eckhard B., soll demnächst stellvertretender Schulleiter werden.

Mehrere LehrerInnen aus dem Kollegium der Schule haben bereits Versetzungsanträge angekündigt, sollte B. den Führungsposten erhalten. Schon vor gut zwei Jahren löste das Engagement von B. bei dem seit 1962 eingetragenen Verein kritische Nachfragen an der Schule aus. Lange Jahre hatte der Lehrer für Geschichte und Deutsch wichtige Funktionen im Freibund inne. Von 2007 bis 2018 war er Bundesführer, bis 2021 stand er als Verantwortlicher des Bundes im Impressum der Webseite.

Der Freibund bietet vor allem Jugendfahrten und -lager für junge Menschen

an und sieht sich selbst in der Tradition der Bündischen Jugend, die in Deutschland aus dem Wandervogel und den Pfadfindern hervorgegangen ist und stark die völkisch-nationalistische Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg ausmachte. Mit Fahrten und Lagern sollen die Jugendlichen nicht bloß in der Natur Gemeinschaft erleben, sondern auch eine Weltanschauung verinnerlichen.

Im Unterschied zur verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ und dem noch aktiven rechtsextremen „Sturmvogel“ [<https://taz.de/!/Sturmvogel-Ferienlager-in-Huetzel/!5868176/>] bemüht sich der „Freibund“ das Bekenntnis zu Volk, Heimat und Nation moderater zu formulieren. Der Bund ging aus den „Bund Heimattreuer Jugend – Der Freibund“ hervor. 2013 erfolgte laut Vereinsunterlagen die Umbenennung in „Der Freibund e. V.“.

„Ausgeglichenes Geschichtsbewusstsein“

Auf der Webseite wird das Selbstverständnis erklärt: „In den Haaren der Wind der großen, weiten Welt. In der Nase der Duft der Heimat ebenso wie der von fernen Ländern (...) Auf den Lippen die frohen Lieder der Vaganten und Landsknechte, der ewig Suchenden und der Erfüllten, der wilden Wandergesellen und der stillen Romantiker. (...) Mit beiden Beinen fest auf dem kulturellen Erbe und der wechselvollen Geschichte unserer Nation.“

Das lyrische Pathos lässt bewusst offen, zu welcher Identität, Kultur und Tradition sich die Suchenden bekennen sollen. In der „*Jungen Freiheit*“, dem Sprachrohr der Neuen Rechten, erklärte B. 2007: „Was der Zeitgeist vorgibt, interessiert uns nur am Rande. Wichtig ist uns, ein ausgeglichenes Geschichtsbewusstsein zu fördern.“

Die Kombination der Positionen legt nahe, dass eine diverse, multikulturelle Gesellschaft nicht als erstrebenswerte Gemeinschaft gesehen wird. In der Zeitschrift des Freibund *Na klar!* betont der Bund: „Bei allen Unterschieden zwischen dem **heutigen Freibund und dem Bund Heimattreuer Jugend** [<https://taz.de/!/Rechte-und-Buergermeisterwahl/!5736718/>] der 60er und 70er Jahre sind jedoch die Grundprinzipien gleich geblieben: Selbsterziehung (Jugend führt Jugend!), Bekenntnis zu unserer Identität als Deutsche, Bekenntnis zu unserem Volk und zur Völkervielfalt, europäische Gesinnung“.

Eine Offenheit des Begriffs nutzen Rechte gerne, um kein Volks- oder

Heimatverständnis auszuschließen – und somit auch rechtsextreme Deutungen zuzulassen. Kein Zufall vielleicht, dass der „Freibund“ in der Vergangenheit Referenten wie den Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub oder den Northeimer Neu-Rechten Karlheinz Weißmann einlud.

Bei dem Bund wirken auch Aktivistinnen der rechtsextremen Identitären Bewegung mit. Im „Freibund“-Heim in Burgdorf-Berel konnte 2018 die „Junge Alternative Niedersachsen“ ein Brauchtums-Sommerfest ausrichten. Dieser Landesjugendverband war selbst dem Bundesverband der AfD-Jugend zu rechts und beschloss 2018 dessen Auflösung.

Persönliche Beziehungen des „Freibundes“ bestehen auch zum rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ um Götz Kubitschek. Mit einem Stoffbeutel von „Edition Antaios“, dem Verlag, den Kubitschek betreibt, lief auch B. bei einem bündischen Treffen herum. Ein Bild zeigt den Lehrer schwer bepackt mit der Tasche.

Er selbst kommt aus einer völkisch orientierten Familie. Sein Großvater veröffentlichte während der NS-Zeit 1941 eine Broschüre mit dem Titel: „Durchbruch zum deutschen Glauben – Ein Kampftruf an Deutschland – Gedanken eines Nationalsozialisten zum deutschen Glaubenskampf“. B.'s Vater Wolfram gehörte bis zum Verbot dem verfassungsfeindlichen Verein „Bauernhilfe e. V.“. um die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck an. 1994 kandidierte der Vater für die „Republikaner“. Inzwischen leitet er den Stadtverband Springe der AfD.

Im aktuellen Jahresbericht weist der niedersächsische Verfassungsschutz (VS) auf die Bemühungen „völkischer Siedler“ hin. Aus diesem Kreis würde Fahrten, Wanderungen, Brauchtums- und Tanzfeste ausgerichtet. „Im Rahmen vorgeblich unpolitischer Freizeitangebote werden junge Menschen rechtsextremistisch indoktriniert“, fasst der Verfassungsschutz aus Hannover zusammen.

Kultusministerium äußert sich zurückhaltend

Der „Freibund“ ist im Bericht nicht aufgeführt. In den vergangenen Monaten hat sich aber beim Bundesamt sowie bei Landesbehörden und -ämter gerade die Bewertung von rechten Organisationen im vorpolitischen Raum öfters geändert. Nach 70 Jahren rechtsextremer Tätigkeit und Kindererziehung

erfolgte ein Verbot gegen die „Artgemeinschaft germanische Glaubens-Gemeinschaft“, gegen andere Gruppierungen erfolgten nach 60 und 20 Jahren eine Einstufungen als rechtsextrem.

Das niedersächsische Kultusministerium äußert sich auf Fragen zu Eckhard B.'s Tätigkeit beim Freibund zurückhaltend: Zu „Fragen, die sich konkret auf eine Person beziehen“, könne „aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes keine Auskunft erteilt“ werden, antwortet der Sprecher des Ministeriums, Felix Thiel.

In der Erklärung der Behörde heißt es weiter: „Seien Sie jedoch versichert, dass entsprechende Hinweise zu möglicherweise verfassungsfeindlichen Handlungen und Äußerungen von Schulbeschäftigten sehr ernst genommen und entsprechend der beamtenrechtlichen Rahmenbedingungen geprüft und beurteilt werden.“